

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen

## Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliustr. 68. Berichte, kleine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei 8 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. A.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Aken in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66. Fernsprech-Nr. 1358. 22222222222

### Bekanntmachung.

Die Ortsgruppenverwaltungen werden hierdurch dringend gebeten und ersucht, die

### Abrechnung pro II. Quartal 1908 baldmöglichst

zu erledigen bzw. der Geschäftsstelle des Verbandes in Düsseldorf einzusenden. Spätestens am 20. Juli cr. müssen sämtliche Abrechnungen eingegangen sein!

Die präzise Einhaltung dieses Termins ist absolut notwendig, da für die Verarbeitung des gesamten Materials und die Ausarbeitung des umfangreichen Geschäftsberichts für die bevorstehende Generalversammlung viel Zeit erforderlich ist.

Die Ortsgruppen, die diesmal mit der Abrechnung im Rückstande bleiben, verhindern dadurch die geordnete Erledigung der Vorbereitungen für die Generalversammlung und schädigen somit das gesamte Verbandsinteresse.

Deshalb nochmals: Ortsgruppenkassierer, sorgt für eine frühzeitige und korrekte Abrechnung!

Mit kollegialem Gruß!

Für die Geschäftsstelle:

G. M. Schiffer, Vorstandsvorsitzender.  
H. Schaffrath, Zentralkassierer.

### Wahlreglement

#### zu den Delegiertenwahlen für die Verbandsgeneralversammlung.

1) In jedem Wahlbezirk ist ein Wahlkomitee zu bilden; in solchen Ortsgruppen (Zahlstellen), die sich allein — oder mit noch einer anderen Gruppe zusammen — einen Wahlbezirk bilden, gelten die Vorstände ohne weiteres als Wahlkomitee. In allen übrigen Wahlbezirken kann jede beteiligte Ortsgruppe auf je 100 Mitglieder einen Vertreter in das Bezirks-Wahlkomitee delegieren, jedoch hat auch die kleinste Ortsgruppe das Recht, einen Delegierten zu entsenden. Jede Ortsgruppe trägt für ihre Delegierten die Kosten selbst.

Die Wahlkomitees müssen sofort gebildet werden und soll die Einladung zu der ersten Zusammenkunft baldmöglichst von dem Vorsitzenden der größten beteiligten Ortsgruppe (Zahlstelle), d. h. derjenigen, welche laut Angabe der Wahlbezirkeinteilung die meisten Mitglieder hat, erfolgen. In solchen Wahlbezirken, in denen ein Lokalbeamter freigestellt ist, hat dieser die erste Einladung zu erlassen.

In der ersten Sitzung wählt jedes Wahlkomitee einen Vorsitzenden, welcher die weiteren Einladungen v. veranlasst.

2) Jede Ortsgruppe hat das Recht, bezüglich der Kandidaten für die Delegiertenwahl — ebenso für die Ersatzmänner — Vorschläge zu machen. Es möge aber bei den Vorschlägen und der Aufstellung der Kandidaten Rücksicht auf die gewerkschaftliche Betätigung und die Verdienste der betr. Mitglieder um den Verband genommen werden. Wert darauf zu legen ist, daß auch — namentlich in großen Wahlbezirken mit mehreren Delegierten — Kolleginnen aufgestellt und gewählt werden. Dringend erwünscht ist jedoch, daß in allen Wahlbezirken mit Hilfe der Komitees eine Einigung in der Kandidatenfrage herbeigeführt bzw. endlich verfehlt wird.

Die Mitglieder, welche eine aussichtsreiche Kandidatur annehmen, tragen die Verantwortung betr. Urlaub und etwaiger Folgen ihrer Delegation selbst. Sie sind verpflichtet, auf Verlangen dem Wahlkomitee entsprechende Erklärungen abzugeben.

3) Spätestens bis Dienstag, den 7. Juli cr. sind sämtliche Kandidaten (Vor- und Zunamen, Wohnort, Straße und Hausnummer) der Zentralfstelle in Düsseldorf mitzuteilen, ebenso auch die Vorschläge der einzelnen Ortsgruppen für die Kandidatenliste, falls eine Einigung über gemeinsame Kandidaten nicht erzielt worden ist. Deutlich muß bei allen diesen Vorschlägen angegeben werden, wer als Delegierter und wer als Ersatzmann vorgeschlagen wird. Vorschläge, welche erst nach dem 7. Juli eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

4) Die Geschäftsstelle des Verbandes in Düsseldorf wird für jeden Wahlbezirk besondere Stimmzettel herstellen lassen und dieselben mit den Zeitungen den einzelnen Ortsgruppen zustellen. Jedem Mitglied wird durch den Vertrauensmann (Förderer, Sammler) ein Stimmzettel übergeben.

5) Die Wahl erfolgt im ganzen Verbandsgebiet in den Tagen von Freitag, den 21. bis einschließlich Montag, den 27. Juli cr. Der Wahlort kann auf verschiedene Weise vollaufen werden: entweder ist in der Ortsgruppe (Zahlstelle) ein Wahllokal — in größeren Ortsgruppen nach Bedarf mehrere — in einer Wirtschaft oder auch einem Privathause zu errichten, wo die Wahlen getätigt werden. Der Vorstand muß in diesem Falle das Wahllokal den Mitgliedern rechtzeitig bekannt geben, ebenso auch die bestimmten Wahl-

stunden. Für jedes Wahllokal muß eine kleine Kommission vom Vorstande bestimmt werden, welche die Stimmzettel entgegennimmt.

6) Die Stimmzettel werden seitens der Vertrauensleute bei den Mitgliedern während der oben angegebenen Wahlzeit abgeholt. Falls dieser Wahlmodus gehandhabt wird, müssen den Mitgliedern vorher gleichartige Kouvets von der Ortsgruppe geliefert werden, damit die Mitglieder in der Lage sind, ihren Stimmzettel in geschlossenem Kouvett abzuliefern. Auf jeden Fall muß der geheime Charakter der Wahl gewahrt werden.

Den Wahlmodus bestimmt der Ortsgruppen- bzw. Zahlstellenvorstand, jedoch mögen die Wahlkomitees für jeden Wahlbezirk auf ein einheitliches Vorgehen hinwirken.

6) Bei der Wahl müssen die Mitglieder ihr **Quittungsbuch als Legitimation** vorzeigen. Das Buch muß bezüglich der Beitragsmarken in Ordnung sein. Die Wahlkommission bzw. der Vertrauensmann trägt die Namen derjenigen Mitglieder, welche ihre Stimme abgegeben haben, in eine Liste ein und macht außerdem auf der ersten Innenseite der betr. Mitgliedsbücher durch Stempel oder Tintenstift einen besonderen Vermerk. Auf diese Weise soll Doppelwahlbeteiligung und sonstiger Mißbrauch ausgeschlossen werden.

7) Jedes Mitglied kann für **soviel Delegierte und Ersatzmänner** stimmen, als für den betr. Wahlbezirk vorgesehen sind (also entweder für 1 Delegierten und 1 Ersatzmann oder für 2 Delegierte und 2 Ersatzmänner bzw. für 3 Delegierte und 3 Ersatzmänner oder für 4 Delegierte und 4 Ersatzpersonen).

Falls auf einem Stimmzettel mehr Kandidaten verzeichnet sind, als Delegierte bzw. Ersatzmänner gewählt werden können, müssen die Namen der überzähligen Kandidaten, welche nicht gewählt werden sollen, durchgestrichen werden, jedoch auf jedem Stimmzettel nur die zulässige Anzahl Delegierten bzw. Ersatzkandidaten frei zu lassen — also nicht durchstrichen ist.

Stimmzettel, welche dieser Vorschrift nicht genügen, also Zweifel zulassen, sind ungültig. Die Wahlkommissionen sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Wahl vollkommen geheim durchgeführt wird.

8) Sofort nach beendeter Wahl sind die Stimmzettel an den Vorsitzenden des Wahlbezirks-Komitees einzusenden. Das Wahlkomitee muß dann baldmöglichst bei der Feststellung des Wahlergebnisses (Zählung der für die einzelnen Kandidaten abgegebenen Stimmen) zusammenkommen. Das Wahlbezirks-Komitee soll ferner das Resultat der Wahl, d. h. die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen und die Zahl der auf die einzelnen Kandidaten gegebenen Stimmen umgehend, spätestens jedoch bis 4. August cr. der Zentralfstelle in Düsseldorf mitteilen. Die abgegebenen Stimmzettel sind vom Bezirkswahlkomitee vorläufig aufzubewahren.

9) Für die Wahl der Delegierten ist **absolute Stimmeneinheit**, d. h. mehr als die Hälfte aller im Wahlbezirk abgegebenen Stimmen erforderlich. Wird dieses Resultat im ersten Wahlgange nicht erreicht, so findet am 16. August eine Stichwahl zwischen denjenigen zwei Kandidaten statt, welche vorher die meisten Stimmen erhalten haben. Für die Wahl der **Ersatzmänner** genügt **einfache Stimmeneinheit**.

10) Wahlberechtigt sind sämtliche Verbandsmitglieder, welche die vollen Wochenbeiträge entrichten; der Wochenbeitrag von 5 Pfg. (Invaliden und Ehefrauen) berechtigt nicht zur Wahl. Wählbar sind nur großjährige (über 21 Jahre alte) Verbandskollegen und -Kolleginnen.

Auf die nachfolgende statutarische Bestimmung sei noch besonders hingewiesen:

Die freigestellten Bezirksvorsitzenden können mit beratender Stimme an den Verhandlungen der Generalversammlung teilnehmen, sofern sie nicht durch Wahl delegiert sind.

11) Anträge zur Generalversammlung müssen bis spätestens 2. August cr. beim Unterzeichneten eingegangen sein.

Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand.

F. M. C. M. Schiffer, Vorsitzender.

### Zur Verbands-Generalsammlung.

In dem bedeutendsten Textilindustrialort des Königreichs der Württemberg, der alten historischen Sagenstadt Augsburg, wird am 13. September und folgende Tage unsere Verbandsgeneralversammlung tagen. — Der Name Augsburg hatte bereits im Mittelalter im Textil-wie im gesamten Gewerbe einen besonderen Klang. In Augsburg wohnten die Fugger, jene, armen Barthaentwaber, die bereits im 14. und 15. Jahrhundert die Produktion und den Handel in der damals noch handwerksmäßigen Textilindustrie im Großen betrieben und an Unternehmungskraft, an Geschäftsgeist und Reichtum manchen bedeutenden Kapitalisten von heute weit übertrafen. Sie besaßen Handwerksniederlassungen — nicht allein in Textil-zweigungen — in verschiedenen Ländern. Aus den armen Webern wurden die „reichen Fugger“, die später in den Fürstenstand erhoben wurden. Die Nachkommen der „armen Weber“ überlieferten zu Anfang des 16. Jahrhunderts (1417) an Vermögen den Bartholomäus Weiser, der als der reiche Mann

seiner Zeit galt. Die Fugger spielten eine große politische Rolle im Rate der Fürsten. Anfangs des 16. Jahrhunderts (1505–1508) konnte ein Fugger dem Kaiser Max gegen Verpfändung einiger Fürstentümer 70 000 Goldgulden leihen; für die damalige Zeit eine ganz ungeheure Summe. Denselben Kaiser liehen sie in einem Kriege gegen Venedig 170 000 Dukaten in Wechseln. Karl V. dankte seine Wahl als Kaiser nicht zuletzt der großen moralischen und finanziellen Unterstützung eines Fugger. Wie die Chronik meldet, sind die mehrere hundert Webergerellen der Fugger auch öfter in einen Streit eingetreten, um mit diesem „modernen Kampfmittel“ ihre Forderungen durchzubrüden.

In der Arbeiterbewegung ist Augsburg unruhig-bekannt seit einigen Jahren durch die „gelben“ Almosenvereine, die sich in Deutschland zuerst in Augsburg festsetzen konnten. Soziale Rückständigkeit und Egoismus auf Seiten der Arbeiter haben zuerst in Augsburg das traurige Wort „gelber“ Organisation gründen können zum Schaden der gesamten Arbeiterchaft. Unsere Generalversammlung wird einer Demonstration gleichen gegen die gemeingefährlichen „gelben“ Bestrebungen.

Wie ein Blick auf die Tagesordnung des Verbandstages beweist, stehen sehr wichtige Sachen zur Verhandlung, die für die Weiterentwicklung und innere Kräftigung unseres Verbandes von großer Bedeutung sind. Es sei nur hingewiesen auf die Reform des Beitrags- und UnterstützungsweSENS, eventl. Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Vielleicht wird sich mancher fragen, ob denn die Reformerei nicht aufhöre. Wir antworten: nein. Reformen müssen in einer Gewerkschaft stets vorgenommen werden. Soll der Verband in jeder Beziehung „fit“ sein, dann ist eine Verbesserung und Verfestigung der Verbandseinrichtungen notwendig. In einer Gewerkschaft gleich etwas Fertiges zu schaffen, ist wohl schlecht möglich. Veränderte wirtschaftliche Verhältnisse verlangen nicht nur eine Veränderung in der Art des Verbandes, sondern auch oft eine Veränderung in den Verbandseinrichtungen. In der Gewerkschaft muß erst alles erprobt werden. Und neue Probleme, neue Situationen ergeben sich, die von den Verbandseinrichtungen Berücksichtigung verlangen. Die mannigfachen Erfahrungen, die unsere Mitglieder in der praktischen Gewerkschaftsarbeit machen, verlangen Verwertung für das gesamte Verbandsinteresse. So ist in einem Verbandsleben ein fortwährendes Erproben, Beraten und Erwägen. Und je mehr in einem Verbandsleben, erproben und erprobt wird, desto gesunder ist das Verbandsleben. Denn durch das fortwährende „Herumbolken“ wird der Beweis erbracht, daß es im Verbandsleben ebenig ist und daß seine Mitglieder vorwärts wollen.

Uns liegen Zuschriften von Kollegentinnen vor, die sich mit der Verringerung bzw. Beseitigung unserer Unterstützungsarten befassen. Wir geben die erste, die sich mit der

#### Sterbeunterstützung

befasst, in der Hauptsache hier wieder und stellen den Vorschlag des Kollegen, wie auch alle anderen Vorschläge, zur Diskussion. Der Kollege schreibt uns u. a.: „Auf der Tagesordnung unserer Verbandsgeneralversammlung steht auch, Reform des UnterstützungsweSENS“. Ich wünsche eine kleine Veränderung an der Sterbeunterstützung, und zwar nach der Richtung, daß eine Herabsetzung der Unterstützungs-summe von 30 auf 15 Mark vorgenommen würde.“

Der Kollege begründet seinen Vorschlag mit folgenden Argumenten:

Heute gewährt unser Verband an Sterbeunterstützung nach mindestens einjähriger Mitgliedsdauer 30.— Mk., dreijähriger „ 40.— „ fünfjähriger „ 50.— „ siebenjähriger „ 60.— „ zehnjähriger „ 75.— „

Wir zahlen also nach einjähriger Mitgliedsdauer an Sterbeunterstützung annähernd den doppelten Betrag der eingezahlten Beiträge (wir rechnen den Wochenbeitrag zu 30 Pfg.) retour, nach zweijähriger Mitgliedsdauer fast die gesamte eingezahlte Beiträge. Die ungewöhnliche Höhe dieser Unterstützung wird noch deutlicher illustriert durch einen Vergleich mit der Sterbeunterstützung bei längerer Mitgliedsdauer. Im Vergleich zu dem Unterstützungssatze für ein- und zweijährige Mitgliedschaft stehen die Unterstützungssätze für mehrgährige Mitgliedsdauer bedeutend niedriger. Ich halte es für eine versicherungstechnisch unhaltbare Berechnung und im Verhältnis zu unseren Unterstützungssätzen für mehrgährige Mitgliedsdauer für ungerecht, daß wir nach einem Jahre 30.— Mk. Sterbegeld zahlen, also doppelt so viel als an Beiträgen eingezahlt wird. Ich möchte darum dafür plaidieren, diesen Satz auf 15.— Mk. zu ermäßigen. Dann befände eine größere Gleichheit in der Berechnung der Unterstützungssätze für die verschiedenen Jahre.

Dann möchte ich bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß eine

deutlichere Fassung der Satzungen beagl. der Sterbeunterstützung erfolgen muß. Es heißt jetzt einfach, nach 10 und 10 jähriger Mitgliedsdauer wird diese oder jene Summe an Unterstützung gewährt. Während wir bei den anderen Unterstützungsarten die Unterstützung von der Summe der voll geleisteten Beiträge abhängig machen, ist hier laut Statut einjährige Mitgliedsdauer

maßgebend. Nun hat zwar der Zentralvorstand durch Zirkulare und Bekanntmachungen dafür gesorgt, daß die Ortsgruppenleitungen wissen können, daß auch hier die einjährige Mitgliedsdauer nur dann als gegeben gilt, wenn 52 volle Beiträge vorgelegt und geleistet wurden. Aber Tatsache ist, daß man in manchen Ortsgruppen von der „Interpretation“ seitens des Zentralvorstandes gar nichts wußte und die un-deutliche Bestimmung im Statut zu recht unangenehmen Situationen Anlaß gegeben hat. Die Augsburgs Generalversammlung möge darum auch in dieser Beziehung eine Verringerung herbeiführen, bezgl. die Unklarheit aus dem Wege räumen.“

Ein Kollege, der in der Spinnerei beschäftigt ist, darum mit Arbeiterinnen viel zu tun und die Schwierigkeit der Agitation unter diesen kennen gelernt hat, schreibt uns beagl.

Agitation unter den Arbeiterinnen folgendes: „Für mich ist die diesmalige Generalversammlung Grund besonderer Freude. Warum? Weil der Zentralvorstand in Augsburg auch die Agitation unter den Arbeiterinnen behandeln will. Das ist notwendig. Möge die Behandlung dieses Gegenstandes viele Früchte tragen. Besonders hat mich auch gefreut, daß dieses Mal im Wahlreglement ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, auch Kolleginnen als Delegierte zu wählen. Alle Ortsgruppen, die dazu in der Lage sind, sollen daran handeln. Wir haben in Bezug auf richtige Behandlung der Arbeiterinnen manches zu besprechen. Würde darin eine Besserung eintreten, wäre unserer Bewegung ein großer Dienst erwiesen.“

Wir reden viel von Gleichberechtigung der Arbeiterinnen, von Selbständigmachung derselben usw. Wird in unserem Verbands in allen Ortsgruppen auch nach den Worten gehandelt? Ich sage: nein. Für viele ist die Mahnung am Plage: Luet nach meinen Worten, aber nicht nach meinen Werken. Wir männliche Kollegen bevorzugen in der Gewerkschaft die Arbeiterinnen noch zu viel. Wir geben den Arbeiterinnen nicht genug Gelegenheit, ihre Stimme selbst in die Hand zu nehmen. In der Führung in den Ortsgruppen haben wir viel zu wenig Kolleginnen mit herangezogen. Wir müssen die Kolleginnen mehr mit arbeiten, mit führen, mit reden und mit bestimmen lassen. Und nicht allein in den Ortsgruppen, auch dann, wenn es das gesamte Verbandsinteresse angeht. Wir dürfen die Kolleginnen nicht nach dem Dunnen und unwahren Sprichwort behandeln: Lange Hölse, dumme Köpfe. Man findet unter den Arbeiterinnen viel Geist, viel Ueberlegung und viel Lust zur Mitarbeit. Aber das muß erst gewekt, muß erzogen werden in ausdauernder Erziehungsarbeit. Denn wir die Kolleginnen aber dann zurücksetzen, wenn über die großen Verbandsinteressen beraten werden soll, dann werden wir damit nicht die Liebe zur Mitarbeit. Eine Zurücksetzung fühlen auch die Kolleginnen. Ich habe hundemal hören müssen: Wir haben doch nichts zu sagen. Die Männer machen alles! Wir würden unsere Kolleginnen beleidigen und unsern ganzen Verband ein Armutzeugnis ausstellen, wenn wir dieses Mal nicht recht viele Arbeiterinnen als Delegierte wählen würden. Wenn wir von Gleichberechtigung reden dürfen, dann müssen wir die Arbeiterinnen auch als gleichberechtigt behandeln.“

Ich möchte nun mal eine Frage zur Diskussion stellen, die meiner Ueberzeugung nach sehr geeignet ist, die Agitation unter den Arbeiterinnen zu erleichtern. Was wäre es mit der Gewährung eines

#### Zuschusses bei Verheiratung

eines weiblichen Mitgliedes? Wenn ich nicht irre, ist diese Frage in unserm Verbands schon öfter ventilert worden. Ich möchte wünschen, daß sie auf dem Verbandstage in Augsburg praktisch gelöst würde. Daß es einen großen agitatorischen Wert haben würde, wenn wir den Kolleginnen bei ihrer Verheiratung einen Zuschuß gewähren, ist ohne weiteres klar. Viele Arbeiterinnen lassen sich ja gerade deshalb vom Eintritt in die Gewerkschaft zurückhalten, weil sie sich sagen, bei meiner Verheiratung gehe ich aller eingezahlten Beiträge verlustig. Diese Unterstützungsart würde auch den großen Vorteil haben, daß wir die Arbeiterinnen länger in der Gewerkschaft behalten. Die Fluktuation, die gerade unter den Kolleginnen so groß ist, würde dadurch gemindert. Mit Rücksicht auf den Zuschuß bei seiner Verheiratung würde manches Mädchen dem Verbands erhalten bleiben, das sonst nach kurzer Mitgliedsdauer wieder lauffinge. Wollen wir mit der Agitation unter den Arbeiterinnen mehr als bisher Erfolg haben, dann müssen wir uns mit allen Verbandseinrichtungen mehr der besonderen Art der Arbeiterinnen anpassen.

Vielleicht wird man einwenden: Wir erzielen dadurch in unseren Kolleginnen den verkehrten Geist. Der Verband wird dann mehr als Unterstützungs-kasse betrachtet. Dadurch wird der eigentliche Charakter einer Gewerkschaft verwischt. Meines Erachtens sind das grundlose Befürchtungen. Der Charakter der Berufsorganisation als Interessenvertretung der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer kann so leicht gar nicht leiden. Dafür sorgen schon die Arbeitgeber. Hat denn der Kampfescharakter unseres Verbandes gelitten mit der immer größeren Verbollkommenung unserer UnterstützungsweSENS? Nein, im Gegenteil, das echte Gewerkschaftswesen tritt immer deutlicher in die Erscheinung, trotz der Unterstützungen. Eine wird immer klarer: Die Berufsorganisation hat die Aufgabe, den Arbeitsvertrag zu regeln, aber die Einführung von Unterstützungen als Neben Zweck wird immer notwendiger, wird immer mehr ein Mittel zum Zweck. Gewerkschaftlicher Grundgedanke ist doch, Mitglieder gewinnen und Mitglieder er-



halten. Das ist ohne gute Unterstützungsarten gar nicht möglich.

Und weiter: Profitieren von unseren jetzigen Unterstützungsarten die männlichen Kollegen nicht viel mehr als die weiblichen Mitglieder?

Jah meine darum so: Führen wir eine Heiratunterstützung ein. Wir gewinnen dadurch mehr Arbeiterinnen, erhalten sie uns länger dem Verbanne, und wir haben unter Unterstützungsweisen in einer gerechten Weise den weiblichen Mitgliedern angepaßt.

### Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Von Geh. Regierungsrat Professor Dr. Adolf Wagner-Berlin.

Man macht uns Professore der Nationalökonomie in weiten Kreisen der Arbeitgeber den Vorwurf, wir würden nicht genügend die Bedeutung der Unternehmertätigkeit. Wer uns das nachsagt, hat niemals mit einiger objektiver Aufmerksamkeit verfahren.

Wenn man dies aber auf der einen Seite anerkennt, so muß man doch auf der anderen Seite hingucken: Bei der neueren Entwicklung der Industrie in Deutschland, hier mehr noch als in England, vielleicht auch noch mehr als in Amerika, sehen wir die großen Unternehmungen immer größer werden und sich loslösen von der einzelnen Persönlichkeit.

Mit der Entwicklung des Großbetriebes sehen wir aber namentlich auf der einen Seite eine vermehrung des Kapitals, die sich aus Unternehmern, einer immer größer werdenden Zahl von Arbeiterkräften gegenübersehen.

Gesellen und Lehrlinge gesellschaftlich so ziemlich gleich, sie zählten zu derselben ökonomischen und bürgerlichen Gesellschaftsklasse.

Es ist klar, daß dagegen heute der kapitalistische Großunternehmerstand wenigstens ökonomisch außerordentlich überlegen ist jedem Einzelnen seiner Arbeiter.

Die Gewerbestreitigkeiten hat nun eine scharfe Konkurrenz unter den Unternehmern hervorgerufen, welche wiederum die Ursache der Kartellierung der Unternehmer geworden ist.

Wie sind diese Kartelle nun zu beurteilen? Zu manchen Beziehungen durchaus günstig, die Kartelle sind in gewisser Weise entschieden notwendig für den einzelnen Unternehmer und für ganze Zweige verwandter Unternehmungen.

Aber nun stehen zwischen Produzenten und Arbeitern in ungenügender Situation die Arbeiter. Mit der Kartellierung der beiden anderen Gruppen hat sich ihre Lage noch verschlechtert.

### Aus dem Jahresbericht des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

II.  
Wirtschaftliche Lage.

der Kassenbestand erfährt eine bedeutende Steigerung. Die Einnahmen betragen insgesamt M. 4 516 419, die Ausgaben M. 3 337 338, während der Kassenbestand auf M. 3 738 384 angewachsen ist.

	Einnahmen	Ausgaben	Kassenbestand
1907	4 311 495	3 193 978	3 487 735
1908	3 378 833	2 709 260	2 370 782
1909	2 443 122	2 150 511	1 249 408
1904	894 517	711 670	690 374
1903	678 252	552 447	455 970

Die Einnahmen stiegen somit von M. 3 378 833 auf M. 4 311 495, die Ausgaben von M. 2 709 260 auf M. 3 193 978 und der Kassenbestand von M. 2 370 782 auf M. 3 487 735 gegen 1908. Demnach betragen:

	1907	1908
Aufnahmegebühren	53 068	59 469
Beiträge	3 850 827	3 033 217
Ertragsbeiträge	198 216	107 678
Sonstige Einnahmen	204 895	170 902

Ausgaben:

	1907	1908
Verbandorgan	861 711	275 280
Agitation	255 155	262 787
Streik- u. Gemäßigtenunterstützung	743 270	853 435
Kreis- und Arbeitslosenunterstützung	51 743	34 464
Krankegeld	443 035	265 486
Sterbegeld	99 284	136 991
Arbeitslosgeld	81 442	61 233
Sonstige Unterstützungen	32 974	12 494
Verwaltungsausgaben	98 545	76 631
Bibliothek und Bildungszwecke	143 591	124 977
Beitrag an den Gesamtverband	25 618	15 208
Beitrag an den Gesamtverband	45 137	35 470
Anteil der Lokalkassen	623 114	434 612

Reinigt gegenüber dem Vorjahre haben sich nur die Ausgaben an Streiks- und Gemäßigtenunterstützung. Die streikbare Steigerung des Sterbegeldes liegt daran, daß ein Verband das Kranken- und Sterbegeld unter einer Rubrik führt und die bezüglichen Gesamtausgaben im vorigen Jahre unter „Sterbegeld“ angegeben waren.

Die Ausgaben an Unterstützungen weisen naturgemäß von Jahr zu Jahr eine steigende Tendenz auf. Ehemals war der Beitrag in den christlichen Gewerkschaften so niedrig, daß Unterstützungen kaum gewährt werden konnten.

	Streik- und Gemäßigtenunterstützung	Sonstige Unterstützungen
1907	1 451 740	743 270
1906	1 364 105	853 435
1905	1 233 321	1 000 320
1904	211 215	133 362
1903	202 728	153 030

Die Streiks- und Gemäßigtenunterstützung ist selbstverständlich eine schwankende. Sie darf notwendig werden den Aufwendungen lassen sich in einem Jahresetat von vornherein nicht überlegen, bei ihnen spielen stets eine Anzahl unvorhergesehener Fragen und Zufälle mit.

Höhe des Beitrag	pro Woche	Anzahl d. Verbände
50	Fig.	1
30	Fig.	3
40	Fig.	3
25	Fig.	3
25-35	Fig.	1
25-40	Fig.	1
15-30	Fig.	3
20-35	Fig.	2
20-30	Fig.	1
15-35	Fig.	1
80	pro Monat	1
30-40	Fig.	1
30	Fig.	1
80-330	pro Quartal	1

Den höchsten Beitrag leisten die Mitglieder des Unterverbandes mit 30 Fig. wöchentlich, des niedrigsten die hessischen Eisenarbeiter mit 80 Fig. pro Quartal; die letzteren haben allerdings nur 10 Unterstützungen zu sichern.

### Wandlungen.

Wenn man einem Unternehmer des Bau-, Holz- oder Metallgewerbes vor fünf oder noch weniger Jahren gesagt hätte, daß in nächster Zeit keine Gewerkschaften mit ihren Arbeitern die Arbeitsbedingungen auf dem Wege des tariflichen Vertrags verhandeln würden, dann hätte er jedesfalls den Mund zu einem nichtigen Lächeln bezogen und natürlich der Entschiedenheit die bekannte Begründung mit dem Finger gewinkt.

nehmern mit allen Mitteln gegen die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter gestraubt. Aber schließlich haben sie doch einsehen müssen, daß man sich einer gerechten Bewegung gegenüber auf die Dauer nicht ablehnend verhalten kann.

Die Tarifverträge haben eine Gesundung der Verhältnisse in dem betr. Gewerbe zur Folge gehabt. Sie haben die Arbeitgeber zungengeführt, die Solidarität unter ihnen geweckt. Der Arbeitgeber braucht nicht zu befürchten, daß sein Kalkulationsgebäude plötzlich zerfallen wird.

Schon für manche Gewerbe ist diese unsanftere Geschäftspraxis der Würdigung gewiesen und wir wissen, daß auch in der Textilindustrie viele Arbeitgeber darunter leiden. Die Schmutzkonkurrenz kann dann beseitigt werden, wenn in der Höhe der Löhne eine gewisse Einheitlichkeit besteht.

Aber wie in der handwerklichen Industrie die Erfahrung eine zwar bittere, aber auch gründliche Lehrmeisterin war, so wird sich auch in den Reihen, die heute noch Organisations- und Tarifgegner sind, die bessere Erkenntnis einmal durchdringen.

Wer möchte nicht geordnete Zustände herbeigeführt sehen, die ein friedliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Folge haben? Sehen wir uns die Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten an. Mit dem gewaltigen Aufschwung des deutschen Viehwirtschafts geht eine wachsende Dissonanz im Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Hand in Hand.

Es gibt wohl keine Fabrikbetriebe in Deutschland, in welchen derartige Verhältnisse in anstößiger Weise zu finden sind, als in den Viehwirtschaften. Daß sich denn eine durchgreifende Verbesserung der Verhältnisse wirklich nicht durchführen, da doch so manche Schäden offen zutage liegen und wohl beseitigt werden könnten, wenn hierzu ein einheitlicher Wille vorhanden wäre.

Trotzdem der Herr einsieht, daß Arbeitgeber und Arbeiter zusammen arbeiten müssen, kann er es nicht verkneifen, auf die Gewerkschaften zu schimpfen, von „gewissenlosen Fegern“, „übertriebenen, wider sinnigen Forderungen“ der Arbeiter usw. zu reden.

Interessant an dem Artikel ist besonders, wie Herr Löhe darin, vielleicht ungewollt, eine Lanze bricht für die Tarifverträge, wie es besser ein Arbeiter unmöglich tun konnte. Der Verfasser betont zunächst, daß das deutsche Viehwirtschaft ein trauriges Zustand ist und einer fundamentalen Umwälzung bedürfe.

Keine Einheitspreise ohne Einheitslöhne und Einheitsakkorde. Geht das Bestreben dahin, die Einheitspreise der Rohmaterialien sowie die Verkaufspreise der fertigen Erzeugnisse zu vereinheitlichen, so müssen auch die Lohn- und Akkordverhältnisse für die Arbeiter, welche die Erzeugnisse herstellen, einheitlich sein.

Eine ganz natürliche Berücksichtigung der Lohn- und Akkordverhältnisse in den Viehwirtschaften ist daher die eines einheitlichen, der Quelle unerschöpflichen Herdes der Viehwirtschaft, weil die kontinuierliche Ursache der Unzufriedenheit



und Streitigkeiten unter den Arbeitern. Dieses sind die inneren Feinde. Und unter deren Folge, nämlich der gänzlichen Ungenügsamkeit der Sichererearbeiter, haben die Siebereibesitzer empfindlich zu leiden.

Dann schreibt der Verfasser ganz recht, daß ein jeder in seinem industriellen Unternehmen eine seinen Leistungen und seiner Stellung entsprechende Einnahme finden müsse. Der Unternehmer, der mit seiner ganzen Person, mit seinem ganzen Kapital für das Unternehmen haftbar sei, den die volle Verantwortung für sein Geschäft trifft, müsse entsprechend dieser Stellung entlohnt werden.

Aber auch der Beamte und Arbeiter muß mit seiner Familie leben und bestehen können. Auch er muß eine seinen Leistungen entsprechende Einnahme finden können, und findet er diese nicht, so ist das wieder ein Mißverhältnis, das eine Veränderung bedarf. Und hier kommen wir zu dem Kapitel Lohnforderungen, berechnete und unberechnete Lohn- und Alfordforderungen von Seiten der Arbeiter.

Eine jede Leistung des Arbeiters, welche dessen Zeit und Kraft im Dienste seines Brotherrn in Anspruch nimmt, soll und muß eine entsprechende Vergütung finden, eine Vergütung, die sich auf Heller und Pfening berechnen läßt, und die im vollen Einklang steht mit Einkauf und Verkauf der Ware, im Einklang mit den bestehenden Verhältnissen, der gefundenen Entlohnung des einzelnen Geschäftsbetriebes sowie der ganzen Industrie.

Pengegenüber finden wir aber viel häufiger Schrankenlose, gewalttätige und geradezu unsinnige Forderungen von Seiten der Arbeiter, die in keinem Verhältnis mehr stehen zu der Leistung des Arbeiters, zu Einkauf und Verkauf der Ware und den erzielten Preisen, Forderungen, die in der sozialen Frage die größte Rolle spielen und zur Verschärfung derselben immer wieder fast ausschließlich beitragen. Das wissen doch die deutschen Eigenschaftsbereiten, sie haben es zur Genüge erfahren, sie haben genug darunter gelitten. Und warum das? Weil es in der Lohn- und Alfordfrage in den deutschen Siebereieren an einer einheitlichen Uebereinkommung fehlt, und diese muß kommen, wenn die inneren Zustände derselben eine kräftige Verringerung und Gesundung erfahren sollen. Und diese soll den Zweck haben, für den Arbeiter die Grenzen seiner Lohn und Alfordforderungen zu bestimmen, wie sie die bestehenden Verhältnisse zulassen.

Wie kann der Arbeiter aber diese Grenzen einhalten, wenn er dieselben nicht kennt, wie kann er sie kennen, so lange eine einheitliche Grundlage in der Lohn- und Alfordfrage nicht vorhanden ist, wenn die eine Firma für irgendwelche Arbeit eine beliebige Summe mehr bezahlt als eine andere Firma für dieselbe Arbeit. Denn daß dies der Fall ist, weiß doch jeder, und die Arbeiter wissen es recht wohl. Und da ist es doch ganz klar, daß sie denken müssen, sie seien der Willkür ihres einzelnen Brotherrn unterworfen und kommen zu dem Schluß, da sei es selbstverständlich, ja im Interesse ihrer Familien Pflicht, einen Gesamtdruck auszuüben durch ihre Lohnforderungen auf den, der doch schließlich in eigenmächtiger Weise sich durch seine Arbeiter zu bereichern suche.

Hierzu werden die Arbeiter durch gewissenlose Agitatoren noch aufgereizt und aufgeschreckt, und dann sind Situationen, wie sie im Siebereien an der Tagesordnung sind, schnell gegeben. Gehen dann, wie es häufig kommt, unmäßige Lohnforderungen durch, und ist das Geschäft in kurzer Zeit ruiniert, so sind doch meist die Arbeiter selbst die Betroffenen. Sie werden arbeitslos, und da die Arbeiter durchschnittlich von der Hand in den Mund leben, so wird die Familie des Arbeiters schnell brotlos und dann ist das soziale Elend da. Die Schuld wird dann auf den geschoben, den sie nicht ist, dafür sorgen wieder die blinden Blindenleiter, die auch im Reichthum sitzen, die Totengräber des Volkes, welche vorgeben, das Wohl des Proletariats im Auge zu haben, während sie doch Wassergläser für das Volk graben. Hieraus ist ersichtlich, daß eine Vereinheitlichung der Lohn- und Alfordfrage zur Nothwendigkeit wird, und diese Vereinheitlichung wird und muß mit den Jahren kommen. Dann werden die einzelnen Geschäfte, die einzelnen Siebereieren weniger Schwierigkeiten und weniger innerer Differenzen ausgeht sein und Einzelstreiks leichter vermieden werden können, und das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird sich einfacher und erträglicher gestalten. Oder läßt sich diese Möglichkeit der Einheitslöne und Alford nicht denken? Sie wick, ebensowohl wie derjenige der Einheitspreise, ja sie kann aus diesen ausgearbeitet und tabellarisch festgelegt werden.

Das deutliche Siebereien muß doch aus den inneren Kräfte, in denen es steckt, herauskommen suchen, wenn es nicht schwereren entgegenstehen oder dieselben herausbeschwören will. Ich zweifle nicht, daß alle diejenigen, welche mit mir den Wunsch hegen, eine innere Gesundung des deutschen Siebereibetriebes herbeizuführen zu sehen, sich meinen Ausführungen in der Hauptsache anschließen werden.

Wir schließen uns dem an, was die Metallarbeiterzeitung zu den Ausführungen des Herrn Löhe meint:

Abgesehen von den Schanzmachereien und Ausfällen gegen die „gewissenlosen Agitatoren“ wird auch der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter der Grundtendenz der vorstehenden Ausführungen zustimmen können. Aber, warum bleibt Herr Löhe denn mit seinen Verbesserungsvorschlägen auf halbem Wege stehen? Es sind gewiß sehr erfreuliche Zeichen, wenn ein Unternehmer gewissenhaft niederschreibt, durch Einheitslöne würde sich das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einfacher und friedlicher gestalten. Dieses Ziel wird aber ohne Mitwirkung der Arbeiter, d. h. ihrer Organisationen, gar nicht praktisch zu verwirklichen sein. Die organisierten Arbeiter wollen doch einheitlichere Löhne durch den Abschluß von Tarifverträgen herbeiführen und wer war es, der bis heute diese Bestrebungen mit allen Mitteln, oft mit brutaler Gewalt zu unterdrücken versucht hat? Doch nur die Unternehmer selbst!

Und heute erschallen die Hilferufe nach Einheitslönen aus den Kreisen der Unternehmer selbst, weil ohne diese Erfüllung einer alten Arbeiterforderung das Gewerbe dem Ruin entgegenreißt. Das sind Wandlungen, die zwar dem weitblickenden Arbeiter nicht überraschend kommen, die aber manchem „Herrn im Hause“ äußerst peinlich sein werden. Deshalb getraut sich auch der Verfasser vorstehender Ausführungen wohl nicht, das Kind offen beim Namen zu nennen und zu sagen: Wir müssen, um den Krebs zu heilen der Schmutzkonkurrenz einzubäume und das Gewerbe wieder zu leben, die Arbeiterorganisationen anerkennen und Tarifverträge mit Einheitslönen mit ihnen abschließen, weil auf diesem Wege eine Reform der gegenwärtigen trostlosen Lage nicht möglich ist.

verschont zu bleiben. Doch es sollte anders kommen. Am 1. Juni wurde dem Ausschuss von Seiten der Firma mitgeteilt, daß die Vergütung für Warten auf dem zweiten Stuhl, wie sie nach dem Streik vereinbart wurde, in Folge des schlechten Geschäftsganges, bis auf weiteres nicht mehr gezahlt werden solle. In einer Fabrikversammlung, an der auch der Bezirksvorsitzende teilnahm, wurde von den Arbeitern Stellung hierzu genommen. Nach einer ruhigen und sachlichen Diskussion wurde einstimmig erklärt, die Arbeiter könnten unmöglich bei den jetzigen teuren Lebensverhältnissen in eine Lohnreduktion — denn das bedeute die Entziehung der Vergütung — einwilligen und beauftragten den Ausschuss, in diesem Sinne bei dem Arbeitgeber vorstellig zu werden. Am Freitag, den 12. Juni fand nun eine Konferenz des Ausschusses mit dem Herrn Kommerzienrat Dettler und dem Fabrikdirektor statt. Hier wurde nun von der Firma erklärt, daß man gegen den Willen der Arbeiter die Zahlung der vereinbarten Vergütung nicht einstellen werde. Dann sehe man sich aber gezwungen, event. einen Teil der Arbeiter zeitweise zu entlassen. Da dieses nun von beiden Seiten gern vermieden werden möchte, einigte man sich schließlich auf folgende Punkte:

1. Für Warten auf Einschlag, Aufgaben, Karten, Befehle usw. wird die Vergütung wie bisher mit 10 Pfg pro Stunde für den stillstehenden Stuhl weiter gezahlt.
2. Bei Warten auf Ketten fällt die Vergütung weg. Dafür wird auf dem in Betrieb stehenden Stuhl ein Lohnzuschlag von 20 Prozent gewährt.
3. Diese Bestimmungen gelten bis 1. Oktober dieses Jahres. Sollte bis dahin eine Besserung im Geschäft nicht eingetreten sein, wird über weitere Schritte mit dem Ausschuss beraten.
4. Auf den Wunsch der Arbeiter wird in diesem Jahre ausnahmsweise der Firmens-Dienstag für Schiefbahn und Messen freigegeben.

Es ist dies wieder ein Beweis, daß auch in schlechten Zeiten von einer geschlossenen Belegschaft noch viel für die Interessen der Arbeiter geschehen kann. Besonders dann, wenn ruhig und überlegt gehandelt wird. Ob nun den noch Fernstehenden die Augen aufgehen? Ob sich nicht bei manchem das Herzgefühlt regt und er sich sagt, es ist erbärmlich und eines ehrenhaften Arbeiters unwürdig, ruhig zuzusehen, wie viele Kollegen im Interesse des Ganzen Opfer bringen und sich abmühen, und daß ich dann nichts als die Erfolge einstecke?

Allen unsern organisierten Kollegen und Kolleginnen aber rufen wir zu: Arbeiter, wachet euer großes Gut, die Einigkeit. Agitiert und werbet für unsern Verband.

**Warendorf.**

**Eine Niebenaussperrung im Münsterlande?**  
Der Verband der münsterländischen Textilindustriellen hat am 17. Juni in Münster eine Versammlung abgehalten, um zu beraten, wie der Firma Brinkhaus geholfen werden könne. Trotzdem nun schon seit dem 13. Juni 350 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt sind, will die Firma noch immer keine Verständigung. Ohne auch nur den Versuch zu einer Verständigung zu machen, ohne die Organisation oder die Arbeiter auch nur mal zu hören, beschloß der Fabrikantenverband die Aussperrung sämtlicher christlich-organisierten Textilarbeiter des Münsterlandes.

Am Samstag, den 20. Juni wurde in den einzelnen Betrieben folgender Umtausch angeschlagen:

„Der Verband münsterländischer Textilindustrieller, zu dem auch wir gehören, hat beschlossen, am 27. Juni allen christlich organisierten, die am 1. d. M. noch dem Verbande angehören, zu kündigen, wenn bis dahin die Arbeiter der Firma Brinkhaus unter den gemachten Bedingungen die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Ursache dieses Beschlusses ist darauf zurückzuführen, daß es der Firma unmöglich gemacht wurde, für die Kupferinnen Ersatz zu haben und so den Betrieb ordnungsmäßig aufrecht zu halten.“

Unter dieser Aufschrift.  
Hier wird also klar und deutlich Austritt aus dem Verbande verlangt, wenn die Betr. Arbeiter von der Aussperrung verschont bleiben wollen. Aber die westfälischen Fabrikanten kennen „ihre“ Arbeiter noch schlecht. Jetzt schon ist die Vegetierung für die Organisation derart gestiegen, daß anstatt Austritte Anmeldungen zum Eintritt in den Verband kommen. Gerade das brutale Vorgehen des Fabrikantenverbandes bringt so recht den Unorganisierten zum Bewußtsein, wofür sie gehören. Die Fabrikanten selbst machen den Verband groß. Das haben auch die Aussperrungen von Coesfeld und Emsdetten bewiesen.

Von allen Seiten wird das Vorgehen der Fabrikanten entschieden verurteilt. Verächtlich ist schon gesagt worden: Wenn der Fabrikantenverband schon eine Generalaussperrung vornimmt, wenn die Arbeiter sich gegen eine 20prozentige Lohnreduzierung wehren, was wird dieser dann wohl anordnen, wenn die Arbeiter mal 5 Prozent Lohnreduzierung fordern? Nach Handelskammerbericht haben die Fabrikanten auch im Jahre 1907 zu gut lohnenden Preisen verkauft. Von Lohnaufbesserungen haben die Arbeiter aber sehr wenig gehört. Die ganze Lebenshaltung ist in den letzten Jahren bedeutend verteuert und nur dadurch, daß die Arbeiter fast alle nebenbei Ackerwirtschaft betreiben, sich morgens früh und abends spät abradern, war es ihnen möglich, noch in etwa mit ihrer Familie durchzukommen.

Und dennoch: um des lieben Friedens willen sind die Kupferinnen bereit gewesen, sich eine kleine Lohnreduzierung gefallen zu lassen; aber die Firma Brinkhaus will unter keinen Umständen von der 20prozentigen Reduzierung absehen.

Die Differenz hatte in Frieden geschlichtet werden können, an gutem Willen der Arbeiterchaft hat es wahrhaftig nicht gefehlt. Aber: Es kann der beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.  
Was noch alles folgen wird? Wir wissen es nicht. Jedenfalls wird aber die Firma Brinkhaus noch recht launig die Folgen ihres Vorgehens fühlen. Die Warendorfer Arbeiterchaft wünscht den Frieden, nicht den Kampf. Sie vertraut der Verbandsleitung und hat das Recht und die Sympathie der Mitbürger auf ihrer Seite. Vielleicht wird auch noch zeitig die Firma Brinkhaus selbst einsehen, daß sie ihren harren ablehnenden Standpunkt aufgeben und eine Verständigung suchen muß. Wenn nicht, dann wird die Warendorfer Arbeiterchaft wegen ihrer Starrköpfigkeit böse werden müssen.

**Aus unsern Bezirken.**  
**Thüringen - Sachsen - Brandenburg.**  
(Vau Niederlausig).

Die Kollegen Herm. Sparenberg-Gronau und Herm. Voigt-Först unternahmen nach dem Delegiertenkongress des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands in Halle von dort aus eine Agitationstour durch die Lausig. In Raguhn fand eine Versammlung mit wenig Beteiligung statt.

In Cottbus hatten unsere Kollegen für eine besser besuchte Versammlung gesorgt. Angesichts der überschlechten Konjunktur in der gesamten Lausig kann eine erfolgreiche Agitation momentan nicht eingelegt, zumal noch die „Freien“ und „Hirsche“ in Cottbus „Eingeseffene“ sind.

In Först gab es einen schönen Kampf mit den „Noten“. Trotzdem die Versammlung nur für christlich und nationale Arbeiter und in ein von den „Genossen“ boykottiertes Lokal einberufen war, scheuten diese es nicht, in größerer Anzahl zu erscheinen, um den verhassten Christlichen ein auszuweichen. Von der freien Diskussion machten die „Genossen“ ausgiebigen Gebrauch, um ihre Weisheit an den Mann zu bringen. Ueber gemachte Ausführungen des Referenten forderten die „Noten“ Beweise. Als diese aus ihren eigenen Zeitungen vorgelesen wurden (es handelte sich um die religiöse und politische „Neutralität“ der Freien) nannten die „Genossen“ ihr eigenes Geistesprodukt Lüge und Schwundel, bis man ihnen ihre eigenen Zeitungen zur Durchsicht ausshändigte. Und nun mußte man alles Abgeleugnete für Tatsachen erklären. Dazob großes Geschrei bei den Anwesenden. Im großen und ganzen wurde den „Genossen“ durch die Förster Kollegen eine gute Portion aufwartete. Ihrer Ohnmacht bewußt geworden, verlegten sich die roten Brüder aufs Schreien und Schimpfen, um dem Referenten das Schlußwort unmöglich zu machen. Griceulich war, daß sich unsere Kollegen bei allen verkehrten Angriffen der „Genossen“ ruhig verhielten, während die letzteren wenig parlamentarischen Schiffs zeigten. Es ist eben den „Genossen“ ein Vergess, daß es neben ihrer „alleinsehmachenden“ sozialdemokratischen Gewerkschaftsrichtung auch eine christliche hier am Orte gibt, die nun mit aller Gewalt, da andere Mittel nicht zielehen, totgelogen und totgeschwindelt werden soll. Dazu muß jede Gelegenheit herhalten. Bei der Reichstagswahl gab die Neutralität der Christlichen, den „Genossen“ Unfug zu müller Hege und die letzte Landtagswahl mußte wiederum Stoff liefern, um bei den Christlichen für den sozialdemokratischen Verband Mitgliederfang zu betreiben. Doch es verlangen derlei Schwindelmannöver bei unsern Mitgliedern nicht mehr. Die „Freien“ sind erklart bezüglich ihrer Vertretung der Arbeiterinteressen, sowie auch ihrer „neutralen“ Grundzüge. Bei ihnen ist nur „rot“ neutral! Vor einer weiteren Schlappse werden sich die „Genossen“ in Först hüten und wir verzichten gerne darauf, unsere Versammlungen mit dem leeren Geschwätz dieser Leute ausfüllen zu lassen. Möglich war das Gekändnis eines Obergewisses, die christlichen Gewerkschaften seien eine Naturunwendigkeit, sie seien aus den Verhältnissen hervorgegangen.“ Dieses Gekändnis ist wertvoll, weil man den christlichen Gewerkschaften sonst alle Daseinsberechtigung abspricht.

Die kleine Versammlung in Sagan förderte doch recht Interessantes zutage. Die Arbeiterchaft muß dort ihr Dasein unter ganz eigenartigen Verhältnissen zubringen. Hier existiert die Firma Moos, Löw u. Beer, die eine ganz besondere Auffassung hat von Arbeiterfürsorge, welche sie vor allem den importierten galizischen Arbeitern angedeihen läßt. Der letzteren bedürfte es in Sagan wirklich nicht, es gibt in Sagan und Umgegend Arbeitskräfte übergenug. Die überaus niedrigen Löhne der Arbeiterchaft sucht genannte Firma durch „Wohlfahrtsrichtungen“ auszugleichen, um damit die Arbeiterchaft zu lockern und den Unternehmerinteressen dienlich zu machen. Unserer gewerkschaftlichen Bestrebungen steht die Arbeiterchaft leider noch sehr indifferent gegenüber, was in ihrem eigenem Interesse zu bedauern ist. Mit den wenigst galizischen Arbeitern wollten die übrigen aus hygienischen und Sauberheitsgründen nicht zusammenarbeiten und verlangten einige Tapfere die Entlassung der Galizier. Dabei entpuppte sich der Vertreter der Firma als ein überaus mitleidiges Herz für die fremden Galizier, während das Los der Ortsangehörigen überaus traurig ist. Löhne von 10 bis 15 Mark und darunter, Nachtschichtunwesen u. a. m. illustrieren die Verhältnisse. Und die hierorts stark vertretenen „Freien“ und „Hirsche“ haben solche Mißstände noch nicht abstellen können.

Eine Versammlung in Kötzig hatte neben anderen getnüpften Verbindungen zur Folge, daß die auch anwesenden Bergarbeiter am Abend noch eine Zahlstelle des christlichen Bergarbeiterverbandes gründeten.

Die Versammlung in Biefental läßt erwarten, daß alsbald eine Zahlstelle unseres Verbandes errichtet werden kann.

Die Ortsgruppe Sorau läßt zu den besten Hoffnungen berechtign. Das bewies auch die gut besuchte Versammlung. Die anwesenden Mitglieder des Gutenbergbundes versprachen, weitere Versammlungen in Gemeinschaft mit uns abzuhalten. Wenn hierorts die christlich und national gesinnte Arbeiterchaft sich aufrichte und trotz des Terrors der Genossen den christlichen Gewerkschaften sich anschließen, wäre dies zu begrüßen.

In Sommerfeld fand ebenfalls eine gut besuchte Versammlung statt. Hier waren neben unsern Kollegen auch Mitglieder des evangelischen Arbeitervereins und des Jünglingsvereins vertreten. Herr Stadthalter Knorr und Herr Pastor Steinhilfen besuchten die Versammlung. Der letztere sprach in der Diskussion im Sinne des Referenten und empfahl den Anichluß an die christlichen Gewerkschaften.

Alles in allem kann gesagt werden, daß die Kollegenchaft der Lausig treu an der Arbeit ist, um unsere Bewegung voran zu bringen. Möchten sie nicht früher ruhen, bis dortherblich christlich Trumpf ist!

**Berichte aus den Ortsgruppen.**  
**Nachen.** (Bezirkstarell der christlichen Kartellchaften für Nachen und Umgegend.) Der Kartellvorstand hat für Sonntag, den 30. August, vorm. 10 1/2 Uhr in der Reformations G. Ketzend. G. Eifelschornsteinstr. 5, die diesjährige oedentliche Generalversammlung festgesetzt. Die T.-D. lautet: 1) Jahres-

und Kasienbericht, 2) Vorstandswahlen, 3) Abänderung der Statuten, 4) Beratung von Anträgen. Anträge, welche von den, dem Bezirkstarell angeschlossenen Ortsgruppen und Zahlstellen, sowie den gewählten Delegierten zur Generalversammlung, gestellt werden müssen bis zum 15. August dem Unterezeichneten eingelandt werden.  
Der Vorstand.  
J. A. Ewald Weber, Poststr. 6/

**Coesfeld.** Die Vertrauensmänner haben bis zum 27. Juni die Bücher ihrer Mitglieder einzuziehen und dem Vorstande vorzuzeigen. Die Mitglieder sind verpflichtet, ihr Statutenbuch den Vertrauensleuten zwecks Kontrolle einzuhändigen.

**Düren.** In Nr. 21 des Organs des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes befindet sic unter der Rubrik Berichte aus Fachkreisen ein Geschreibsel, daß sich mit den Verhältnissen in der hiesigen Teppichfabrik und speziell mit der hiesigen christlichen Verbandsleitung beschäftigt. Angetan hat's dem Schreiber eine Belegschaftsversammlung, genannter Firma, die von unserer Verbandsleitung zwecks Agitation einberufen war und wozu von dort beidatigteten Arbeitern und Arbeiterinnen ganz 40 Mann erschienen waren. Es mag als Entschuldigung für viele angenommen werden, daß durch die schlechte Konjunktur ein Teil der Belegschaft bis 6 Uhr, der andere Teil bis 7 Uhr arbeitete. Als die Versammlung schon einberufen war wurde der Schluß der Arbeitszeit allgemein auf 6 Uhr festgesetzt. Infolgebeßien stellte ein Mitglied den Antrag, die Versammlung zu vertagen und eine neue Versammlung für den 22. Mai einzuberufen was denn auch mit übergroßer Majorität angenommen wurde. Daß der jetzige Leiter des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, „Genosse“ Kuhnren bekannt durch seine mehr als eigentümliche Stellung in der Frage des Zweistufensystems in St. Lönne und Nachen, in der Versammlung anwesend war wurde erst nachher bekannt. Wenn der Schreiber glauben sollte, Kollege Koch wäre einer Aussprache mit Vertretern des sozialdemokratischen Verbandes auf dem Wege gegangen, so bemerkten wir ihm, daß dieser Gedanke nur in einem überspannten Gehirn Platz greifen kann. Wir empfehlen dem Schreiber sich dieserhalb bei seinem Vorgänger und seinem Vorstandsmittgliedern zu erkundigen. Wer einer offenen Aussprache aus dem Wege gegangen ist, hat die Versammlung am 22. Mai, die nebenbei viel besser besucht war, wie die erste, bewiesen. Trotzdem „Genosse“ Kuhnren von der ersten Versammlung herwachte, wann die neue Versammlung stattfand um trotzdem die Einladungen dazu zeitig genug verteilt waren, haben die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes sowie auch „Genosse“ Kuhnren es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Bezl. der Verschlechterungen, die auf der Teppichfabrik eingetreten sein sollen, sowie der Mißstände, die dort herrschen sollen zieht der Artikelshreiber es vor, keine zu nennen jedenfalls weil er keine weiß. Das eine können wir dem Schreiber verraten, daß auf der Teppichfabrik seit dem Bestehen des christlichen Verbandes in Düren schon manche Verbesserung erzielt wurde und zwar einzig und allein durch den christl. Verband. Wenn bei der jetzigen schlechten Geschäftslage die auf der Teppichfabrik beschäftigten Weber beWarten auf Material im Lagerlohn beidatigt werden und 3,50 Mk. Tagelohn erhalten, sowie die Tagelöhner bei verkürzter Arbeitszeit ihren vollen Lohn weiter erhalten, so geschicht dieses nur durch das Eintreten der christlichen Verbandsleitung. Sollen sich auf der Teppichfabrik Mißstände herausbilden so wissen die dort beschäftigten Arbeiter ganz genau daß sie zur Abwehrung derselben durch den christl. Verband am besten zu ihrem Ziele kommen. Wenn unser Verband nicht in allen Abteilungen dasjenige erreicht hat, was eigentlich notwendig wäre, so nun bestatb, weil nicht alle Arbeiter unsern Verbande angehören. Hoffentlich werden die Unorganisierten ihre Laueheit einmal abwerfen und sich organisieren und zwar im christlichen Verbande.

**M. Glöbada-Siden.** Wie manche Versammlung hat nicht schon aufklärend und befehrend für unser Mitglieder gewirkt und trotz alledem in punkto Versammlungsbesuch eine Laueheit und unverständlichen Interessenlosigkeit. Auch unsere am 21. Mai tagende Mitgliederversammlung hätte besser besucht sein müssen Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten hielt der Lokalbeamte, Kollege Wittkebin, einen Vortrag über Arbeitslosenunterstützung. Es schilderte die vielfachen Ursachen der Arbeitslosigkeit sowie die Bedeutung und den Zweck einer solchen Versicherung für die Arbeiterbewegung. In seiner Ausführungen bemerkte er, daß mit Einführung einer Arbeitslosenunterstützung seitens der Gewerkschaften eine Beitragserhöhung Hand in Hand gehen müsse. Reicher Beifall folgte seinen trefflichen Worten. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für eine solche Unterstützung aus. Um die Ansichten der anwesenden Kollegen und Kolleginnen über eine eventuelle Einführung einer Arbeitslosenunterstützung festzustellen, nahm der Vorsitzende eine Abstimmung vor. Das Resultat war: einstimmig erklärten sich die Anwesenden dafür mit dem Bemerken, daß ein dementsprechender Antrag an die nächste Verbandsgeneralversammlung gestellt werden sollte.

**Hegenheim i. E. (S. Wafel.)** Wir sind seit Jahren gewohnt, daß unsere Gegend ziemlich stark von sozialdemokratischen Agitatoren besucht wird. Mehrere Einwohner sind durch die „Schulung“ der „Genossen“ sehr „weisheitsvoll“ geworden. In den Wirtschaften wird weder politisiert, man schimpft über Staat, „Kassens“, „Krisen“, Gewerkschaftsführer, bürgerliche Zeitungen usw. Die „Aufklärungsarbeit“ der Sozialisten hatte auch zur Folge, daß viele erkannten, daß die soziale Frage nur dann gelöst werden, wenn eine starke christl. Gewerkschaftsbewegung vorhanden sei. In Wafel, Mühlhausen und anderen Ortschaften des Oberlahs besitzen bereits große Ortsgruppen von fast allen christl. Berufsverbänden. Am 14. Juni fand auch hier die erste öffentliche christl. Gewerkschaftsversammlung statt. Als Referent war Gewerkschaftsführer Heinrich aus Mühlhausen vom christl. Bauhandwerkerverband erschienen. Er sprach über die Notwendigkeit der christl. Gewerkschaften; gab in kurzen Zügen einen geschichtlichen Ueberblick über die Gründe der Entstehung, über die rastlose Tätigkeit, aber auch ein Bild von den Kämpfen, welche die christl. Gewerkschaften nach allen Seiten zu führen hatten. Besonders wies er den Vorwurf „Arbeiterzersetzer“ und „Streikbrecherium“ entchieden zurück. Nebenher legte zum Schluß die Aufgaben der christl. Gewerkschaft in der Zukunft dar. Dabei machte die „Genossen“ Zuhörer aus: „Das wollen wir auch“, „am dem Standpunkt stehen wir“ usw. Schlagend parierte der Referent die Zwickeltrübe unter sich-

**Aus dem Verbandsgebiete.**  
**Lotharbewegungen und Arbeitskraftigkeiten.**  
**Schiefbahn.**

Eine erfolgreiche Abwehrbewegung. Lange ist schmerzen die Arbeiter der hiesigen Firma Deuss durch von den Folgen der schlechten Konjunktur



fastem Beifall der Versammlung. Als erster Dis-
kussionsredner sprach der altbekannte „Genosse“ Durr
vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband der
Schweiz.

Christliche Arbeiter und Arbeiterinnen in der
Umgebung von Basel, eure Parole kann von jetzt
ab nur lauten: „Einein in die christlichen Gewerk-
schaften!“

Jungenbroich. Eine am 15. d. M. vom Zentral-
verband christlicher Textilarbeiter Ortsgruppe Jungen-
broich einberufene Versammlung fand in der Beleg-
schaft der Firma Blumenlaaf u. Co. in Jungenbroich statt.

Zu der Diskussion hoben die Kollegen hervor, daß
sie bis dato keine Streikarbeit gemacht hätten und
auch unter keine Bedingungen machen würden, es hätte
ein Mißverständnis obgewaltet bezgl. der bereits in
Arbeit befindlichen Ketten der Firma Hof. Königs-
berger.

Die am 15. Juni 1908 im Lokale Souffert in Jünger-
broich abgehaltene Versammlung der Belegschaft Blumen-
laaf u. Co. bedauert es sehr, daß durch ein Mißverständ-
nis eine Uneinigkeit herbeigeführt wurde.

Wollenber. Am 31. Mai fand unsere General-
versammlung statt. Kollege Fr. Gehring referierte
über die 13. Hauptversammlung der freien kirchlich-
sozialen Konferenzen, die vom 27.—29. April in
Wiesfeld tagte, daß heißt, soweit die Verhandlungen
für die christlich-nationale Arbeiterbewegung von
Interesse waren.

Nach der Diskussion folgte eine Beipruchtung des
Gewerkschaftslebens, das am 21. Juni in Wiesfeld
auf dem Johannisberge gefeiert wird.

Krefeld. Über die Mitgliederpflicht im sozialdemo-
kratischen Textilarbeiterverband im Kreis der Bezirk haben
wir in unserem Organ berichtet. Die Zahl der Mitglieder
ist schon über 1500 betragen.

Laugerfeld. Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Da ihr euch doch nicht mehr dazu bequemen könnt,
ein Verfall über die wichtigsten Vorkommnisse der
letzten Zeit unterrichten.

Holarbeiterverbände kostete die diesjährige Maifeier „nur“
150 000 Mark. Auch so war doch weggenommenes Geld.

Es ging alles gut im Betriebe bis zum verflochtenen
Winter, wo ein neuangelegter Meister Anlaß zu Klagen
gab.

1. Der Genosse B. ist nach seinen eigenen Aussagen
des öfteren in Streitfall gekommen; ist dort der
„deutsche“ Verband für ihn eingetreten?

Nach dem Vorgehen der „Genossenschaft“ in Lobberich
wären sie also mit einem gewissen Endergebnis aus-
gestattet.

Laugerfeld. Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Da ihr euch doch nicht mehr dazu bequemen könnt,
ein Verfall über die wichtigsten Vorkommnisse der
letzten Zeit unterrichten.

2. Die gleiche Stellungnahme soll gegenüber nach-
folgenden kaufmännischen Organisationen angenommen
werden:

Unsere nächste Generalversammlung, zu der auch
unser Bezirksleiter sein Erscheinen zugesagt hat, wird
am Sonntag, den 28. Juni, morgens 11 Uhr bei
W. Keller stattfinden.

am Sonntag, den 28. Juni, morgens 11 Uhr bei
W. Keller stattfinden. Hoffentlich fehlt kein Mitglied.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Der Verband christlicher Bäcker und Kon-
ditoren und verwandte Berufe hielt an den bei-
den Freitagstagen im Gaug. Vereinsbause zu Essen
seinen IV. Verbandstag ab.

Während der Berichtsperiode hat der Verband
sich nach Kräften für die Interessen der Arbeiter-
schaft betätigt.

Die wichtigsten Punkt der Beratungen bildete
unzweifelhaft der von mehreren Seiten gestellte An-
trag, den Verband auf eine breitere Grundlage zu
stellen.

Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wieder-
gewählt.

Die Beschlüsse des Verbandes werden aus eigen-
en Mitteln für die nächste Zeit in einen Agitations-
beamten freigestellt.

Christian Schmitz, Düsseldorf 42,
Hüttenstraße 241.

Aus Unternehmerverbänden.

Ein Attentat auf das Koalitionsrecht der
technisch-industriellen Beamten. Bisher hat das
organisierte Großkapital nur den Kampf gegen die
Organisationen der Arbeiter geführt;

1. Es wird gegenüber den Vertretern des Bundes
technisch-industrieller Beamten Stellung in der
Art genommen, daß nach Möglichkeit auf Redu-
zierung der in den einzelnen Werken beschäftigten Mit-
glieder hingewirkt wird;

2. Die gleiche Stellungnahme soll gegenüber nach-
folgenden kaufmännischen Organisationen angenommen
werden:

Bei diesen Verbänden aber soll möglichst jetzt
jeden eine Assecuranz der Mitglieder aus den
Beständen der einzelnen Werke eingeleitet werden.

lichen Organisationen auf eine Stufe stellen. Demgegen-
über gelte es, rechtzeitig Vorbeugungsmaßnahmen
zu treffen, und zwar gegen die zwei größten technischen
Organisationen und die vier großen kaufmännischen
Verbände.

Es wirkt ein großes Schlaglicht auf das Rechts-
empfinden dieser Sorte Arbeiter, daß sie vor der
Proletenmacht ihrer Untergebenen nicht zurück-
schrecken, weil diese ein gesetzlich garantiertes Recht
ausüben, von dem sie (die Arbeitgeber) den aus-
giebigsten Gebrauch machen.

Die am 12. Juni in Berlin abgehaltene Versam-
mlung des Kreisvereins Berlin im Verbande deutscher
Handlungsgehilfen zu Leipzig „entzündet“ stärksten
Widerpruch gegen die vom Verband bayerischer
Metallindustriellen verhängte Sperre über die Mit-
glieder von Handlungsgehilfenverbänden.

Versammlungskalender.

- Machen. 28. Juni, 10 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus,
Bontfr. 56, Generalversammlung.
Aachen. 28. Juni, 11 1/2 Uhr, bei W. Burbaum, Ver-
bandsprüfung und Abrechnung der Vertrauensleute.
— 29. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Burbaum, Generalversammlung.
Aachenberg. 28. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Johann Schynd,
Generalversammlung.
Wormen. 27. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Dappen, Oberbrunn-
straße 69.
Beitrag. 5. Juli, 11 Uhr, bei Leonhard Schäfers.
Wochlo. 29. Juni, 5 Uhr, im Lokale des Arbeitervereins.
— 29. Juni, Abrechnung der Vertrauensleute.
— 1. Juli, bei Jamping, Arbeitervertreter-Verein.
Gosfeld. 27. Juni, 6 1/2 Uhr, Abrechnung für die Ver-
trauensleute.
Cornelminster. 28. Juni, 11 Uhr, bei D. Lau, Seef.
und Delegiertenwahl.
Dahlhausen a. d. Ruhr. 28. Juni, 2 Uhr, bei Gustav
Mayer.
Dornbusch. 28. Juni, 10 1/2 Uhr, bei Wm. Sehnen.
Dülken. 5. Juli, 11 Uhr, bei Aug. Gormann.
Euenheim (Bisfischen). 28. Juni, 6 Uhr, bei Frosdorf.
Epe. 28. Juni, 4 Uhr, bei G. Kade.
M.-Glabach-Eifen. 27. Juni, 8 Uhr, bei Oswald
Schaefer, Mathiasstr. Generalversammlung.
— Kurip. 4. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Josef Wälch, Generals.
Glanbach. 4. Juli, 9 Uhr, im Meisterhaus.
Germers-Dahl. 28. Juni, 11 Uhr, bei Wilh. Gottschalk.
Holt. 5. Juli, 11 Uhr, bei David Kreh, Generalverf.
Hils. 4. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Jakob Reiz.
Kettenfeld. 28. Juni, 11 Uhr, bei Franz Lieber, Generals.
Markt-Redwitz. 28. Juni 3 Uhr, bei Fritz Greger, Ver-
einshaus.
Nennmünster. 4. Juli, 8 1/2 Uhr, im kath. Gesellschaftsraum
(Dahnhofstr.). Fabrikvertrauensmannerversammlung.
Reuf. 28. Juni, 10 Uhr, im Lokale Markt 15.
Reutenkirchen. 31. Juni, 11 1/2 Uhr, bei E. Jörking,
Generalversammlung.
— 28. Juni, 5 Uhr, bei E. Jörking, öffentliche Versamm.
Nordhorn. 28. Juni, 11 1/2 Uhr, in der Kriegerhalle,
Generalversammlung.
Oedt. 28. Juni, 11 Uhr, bei Joh. Reden.
Rheinbach. 28. Juni, 1/10 Uhr, bei Joh. Mandelary.
Süchteln. 29. Juni (Peter und Paul), morgens 10 Uhr,
bei Willenbüsch, „Kreuzfelder Hof“, öffentl. Versamm.
Stößbeck. 1. Juli, 8 Uhr, bei Fritz Koch.
Stoßheim. 28. Juni, 9 Uhr, im Gasthof Rainig, Generals-
versammlung.
Wierfen. 5. Juli, 1/11 Uhr, bei Frau B. Stierken.
Walheim. 5. Juli, bei H. Meyer.
Waldhausen. 5. Juli, 1/11 Uhr, bei Wm. Joh. Vennarth,
Generalversammlung.
Werden (Ruhrt). 25. Juni, 1/9 Uhr, bei Scheidt (am
Markt).
Wittau (Sachsen). 4. Juli, 1/8 Uhr, in der Elbener
Bierhalle.

Betrath. Allgemeiner Konsumverein „Glück auf“,
Betrath. Samstag, den 4. Juli, abends
9 Uhr, im Lokale bei Michael Pheil, Versammlung. Tages-
ordnung: 1) Geschäfts- und Quartalsbericht, 2) Gründung
einer Filiale, 3) Aufstellenkonto betreffend, 4) Mitteilung.
Pänkliches und zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Ausschickstat:
(1.60 Bl.) F. A.: Johann Baues.

M.-Glabach. Sonntag, den 19. Juli, nachm.
b. d. Wälsbeck (Gewerkschaftshaus) eine außerordent-
liche Generalversammlung statt. Tagesordnung
wird nach bekannt gemacht. Die Zutrittsberechtigten
wollen frühzeitig die Wahl der Delegierten zur Generals-
versammlung (auf 50 Mitglieder ein Delegierter) in ihrer
Mitgliederversammlung vornehmen und bis zum 15. Juli
an der Geschäftsstelle, Sülperdenkstr. 78, schriftlich ein-
reichen. Der Vorstand,
(2.20 Bl.) F. A.: Joh. Benken, Geschäftsführer.